

Teil 1 – Einleitung

Das Internationale Versicherungsvertragsrecht ist Teil des **Internationalen Privatrechts**.¹ Seine Normen, das Versicherungsvertragsstatut, regeln die Frage, welche Rechtsordnung eines Staates bei einem Versicherungsvertrag mit Berührung zu den Rechten mehrerer Staaten zur Anwendung berufen ist. Man spricht von **Versicherungsverträgen mit Auslandsberührung**. Eine solche Auslandsberührung weist ein Versicherungsvertrag etwa dann auf, wenn der Versicherungsnehmer und der Versicherer ihren gewöhnlichen Aufenthalt in verschiedenen Staaten haben, der Versicherungsnehmer ausländischer Staatsbürger ist, der Vertrag ein Risiko abdecken soll, das im Ausland beliegt, oder schließlich, wenn die Vertragsparteien die Anwendung ausländischen Rechts vereinbart haben.²

Die Bestimmung der einschlägigen Rechtsordnung erfolgt im Internationalen Privatrecht durch Kollisionsnormen, die einen Anknüpfungsgegenstand mit entsprechenden Anknüpfungspunkten verbinden.³ Im Internationalen Versicherungsvertragsrecht ist Anknüpfungsgegenstand der Versicherungsvertrag. Anknüpfungspunkte sind zB der gewöhnliche Aufenthalt, die Belegenheit des versicherten Risikos oder die Rechtswahl der Parteien des Versicherungsvertrags.

Für die Anknüpfung aller ab dem 17.12.2009 abgeschlossenen (Versicherungs-)Verträge durch mitgliedstaatliche Gerichte gilt die VO (EG) Nr 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.6.2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I-VO).⁴ Die Rom I-VO enthält in ihrem Art 7 ein Versicherungsvertragsstatut, das den allgemeinen Anknüpfungsregeln für vertragliche Schuldverhältnisse (Art 3, 4 und 6 Rom I-VO) vorgeht. Art 7 Rom I-VO regelt aber die Anknüpfung von Versicherungsverträgen nur teilweise; für nicht von Art 7 Rom I-VO erfasste Fälle (zB Versicherungsverträge über in einem Drittstaat belegene Massenrisiken) gelten die allgemeinen Anknüpfungsregeln.

Ob ein mitgliedstaatliches Gericht bzw welches Gericht zur Entscheidung über einen grenzüberschreitenden (Versicherungs-)Vertrag und damit zur Anknüpfung dieses Vertrages nach der Rom I-VO berufen ist, bestimmt sich nach dem **Internationalen Zivilverfahrensrecht**. Innerhalb der Union kommt (seit 10.1.2015) die Brüssel Ia-VO⁵ zur Anwendung, die in ihren Art 10 ff besondere Gerichtsstände in Versicherungssachen regelt.

1 Vom Internationalen Versicherungsvertragsrecht ist das Internationale Versicherungsaufsichtsrecht zu unterscheiden. Es regelt die Frage, inwieweit Versicherer mit Sitz innerhalb Österreichs mit ihrem grenzüberschreitenden Geschäftsbetrieb und Versicherer mit Sitz außerhalb Österreichs mit ihrem Geschäftsbetrieb in Österreich von der österreichischen Versicherungsaufsicht erfasst werden (vgl zum deutschen Recht etwa Roth in Beckmann § 4 Rn 1). Im österreichischen Recht s die §§ 13 ff VAG (Drittländer) und §§ 20 ff VAG (EWR).

2 Bruck/Möller/Dörner, Einf Int VersR Rn 1; MüKo VVG/Looschelders, Internationales Versicherungsvertragsrecht Rn 1.

3 Etwa Bruck/Möller/Dörner Einf Int VersR Rn 2.

4 ABl L 177, 6.

5 VO (EG) Nr 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl L 351, 1.

Beispiel

Ein Versicherungsnehmer mit Wohnsitz in Österreich schließt einen Versicherungsvertrag mit einem Versicherer mit Sitz in Deutschland ab. Der Versicherungsnehmer kann die Deckungsklage gegen diesen Versicherer bei dem örtlich nach dem Wohnsitz des Versicherungsnehmers (und sachlich) zuständigen österreichischen Gericht einbringen (Art 11 Abs 1 Buchst b Brüssel Ia-VO). Dieses österreichische Gericht hat über die kollisionsrechtliche Anknüpfung des Versicherungsvertrages nach der Rom I-VO zu entscheiden.

1. Die Rechtslage vor der Rom I-VO im Überblick

1.1. Europäisches Richtlinienrecht

1.1.1. Grundlagen

- 4 Kollisionsrechtliche Normen fanden sich noch nicht in der ersten Generation der Versicherungsrechts-Richtlinien der 1970er Jahre,⁶ sondern erst in der **Zweiten Richtlinie Schadenversicherung** 1988⁷ und in der Zweiten Richtlinie Lebensversicherung 1990.⁸ Letztere wurde dann durch die Dritte Richtlinie Lebensversicherung 1992⁹ und diese in der Folge durch die (konsolidierte) **Richtlinie Lebensversicherung** 2002 abgelöst.¹⁰ Für die Schadenversicherung brachte die Dritte Richtlinie Schadenversicherung 1992 die unbeschränkte (in der Zweiten Richtlinie Schadenversicherung 1988 noch auf bestimmte Arten von Großrisiken eingeschränkte) Rechtswahlfreiheit für Großrisiken.¹¹
- 5 Das Kollisionsrecht der genannten Richtlinien¹² ist aus zwei Gründen bedeutsam: Für den EWR-Beitritt musste Österreich das Kollisionsrecht der damaligen Zweiten Richtlinie Schadenversicherung 1988 und der Zweiten Richtlinie Lebensversicherung 1990 als Teil des *Acquis Communautaire* in nationales Recht umsetzen; es wurde das IVVG erlassen (Rz 39, Rz 49 ff). Zum anderen wurde das Richtlinienkollisionsrecht in der Rom I-VO in deren Art 7 konsolidiert und im Wesentlichen ohne Veränderung übernommen. Das Kollisionsrecht der Richtlinien lebt also in Art 7 Rom I-VO weiter (Rz 69).

6 Erste Richtlinie 73/239/EWG des Rates vom 24.7.1973 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften betreffend die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeit der Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung), ABl L 228, 3; Erste Richtlinie 79/267/EWG des Rates vom 5.3.1979 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die Aufnahme und Ausübung der Direktversicherung (Lebensversicherung), ABl L 63, 1.

7 Zweite Richtlinie 88/357/EWG des Rates vom 22.6.1988 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) und zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs sowie zur Änderung der Richtlinie 73/239/EWG, ABl L 172, 1. Zur Vorgeschichte der Kollisionsnormen dieser Richtlinie s *Schnyder* in Reichert-Facilides, Aspekte 54 f.

8 Zweite Richtlinie 90/619/EWG des Rates vom 8.11.1990 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (Lebensversicherung) und zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs sowie zur Änderung der Richtlinie 79/267/EWG, ABl L 330, 50.

9 Richtlinie 92/96/EWG des Rates vom 10.11.1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 79/267/EWG und 90/619/EWG (Dritte Richtlinie Lebensversicherung), ABl L 360, 1.

10 Richtlinie 2002/83/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5.11.2002 über Lebensversicherungen, ABl L 345, 1.

11 Art 27 Richtlinie 92/49/EWG des Rates vom 18.6.1992 zur Koordinierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für die Direktversicherung (mit Ausnahme der Lebensversicherung) sowie zur Änderung der Richtlinien 73/239/EWG und 88/357/EWG (Dritte Richtlinie Schadenversicherung), ABl L 228, 1.

12 Erste kollisionsrechtliche Überlegungen finden sich bereits im Schwartz-Bericht aus 1971 (abgedruckt in ZVersWiss 61 [1972], 101 ff); s dazu etwa *Migisch* in Koppensteiner 39; *Miquel Sala* 84.

Das Kollisionsrecht der Versicherungsrechts-Richtlinien galt zunächst nur für Versicherungsverträge über **Risiken, die in einem EWG-Mitgliedstaat belegen** waren, wenn der **Versicherer seine Niederlassung in einem EWG-Mitgliedstaat** hatte.¹³ Mit dem EWR-Abkommen galten die Richtlinien auch für die **EWG-Staaten**.¹⁴

Das Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (EVÜ)¹⁵ galt für Versicherungsverträge mit Risikobeleghenheit innerhalb der EWG nicht (Art 1 Abs 3 EVÜ, Rz 42). Versicherungsverträge über außerhalb der EWG belegene Risiken waren nach dem EVÜ anzuknüpfen (Art 1 Abs 3 EVÜ e contrario).¹⁶ Dasselbe galt für Rückversicherungsverträge (Art 1 Abs 4 EVÜ); die Versicherungsrechts-Richtlinien galten nur für die Direktversicherung (Art 1 Erste Richtlinie Schadenversicherung 1973 und Erste Richtlinie Lebensversicherung 1979).

Sowohl Art 7 Abs 3 Zweite Richtlinie Schadenversicherung 1988¹⁷ als auch Art 4 Abs 5 Zweite Richtlinie Lebensversicherung 1990 (Art 32 Abs 5 [konsolidierte] Richtlinie Lebensversicherung 2002)¹⁸ verwiesen subsidiär auf das allgemeine Kollisionsrecht in Bezug auf vertragliche Schuldverhältnisse, in der Sache also auf das EVÜ. Somit war das EVÜ auch auf Versicherungsverträge in Bezug auf all jene Fragen anzuwenden, welche nicht in den Richtlinien geregelt waren. Umstritten war, ob von diesem Verweis in den Richtlinien auch die Verbraucherschutzvorschrift des Art 5 EVÜ umfasst war. Nach zutreffender Auffassung konnten die Mitgliedstaaten in den ihnen von den Richtlinien eingeräumten erweiterten Rechtswahlmöglichkeiten auch eine beschränkte Rechtswahl entsprechend Art 5 Abs 2 EVÜ vorsehen.¹⁹

Art 28 Dritte Richtlinie Schadenversicherung 1992 und Art 28 Dritte Richtlinie Lebensversicherung 1992 bzw sodann Art 33 (konsolidierte) Richtlinie Lebensversicherung 2002 enthielten jeweils eine Bestimmung über Rechtsvorschriften des **Allgemeininteresses**.²⁰

13 Das ergibt sich einerseits (Niederlassung des Versicherungsunternehmens in einem Mitgliedstaat) aus dem Anwendungsbereich der Richtlinien (Art 1 der Ersten Richtlinie Schadenversicherung und der Ersten Richtlinie Lebensversicherung), andererseits (Risikobeleghenheit in einem Mitgliedstaat) aus Art 7 iVm Art 2 Buchst d Zweite Richtlinie Schadenversicherung bzw aus Art 4 iVm Art 2 Buchst e Zweite Richtlinie Lebensversicherung (Mitgliedstaat der Verpflichtung). S aber auch *Migisch* in Koppensteiner 48 f.

14 Art 36 iVm Anhang IX EWR-Abkommen (ABl 1994 L 1, 3). Weiterführend *Wandt* in Reichert-Facilides/Schnyder 87 f.

15 80/934/EWG, ABl L 266, 1. S jetzt Art 24 Rom I-VO.

16 Für die Anknüpfung von Risiken in den EWR-Staaten, die nicht Mitglied der EWG waren s Rz 43. S auch *Migisch* in Koppensteiner 40.

17 „Vorbehaltlich der vorstehenden Absätze wenden die Mitgliedstaaten auf die unter diese Richtlinie fallenden Versicherungsverträge ihre allgemeinen Bestimmungen des internationalen Privatrechts in bezug auf vertragliche Schuldverhältnisse an.“

18 „Vorbehaltlich der Absätze 1 bis 4 wenden die Mitgliedstaaten auf die unter diese Richtlinie fallenden Versicherungsverträge ihre allgemeinen Bestimmungen des internationalen Privatrechts in Bezug auf vertragliche Schuldverhältnisse an.“

19 *Wandt* in Reichert-Facilides/Schnyder 97; *aA Roth* in Berliner Kommentar VVG, Europ VersR Rn 135 mwN.

20 Art 28 Dritte Richtlinie Schadenversicherung: „Der Mitgliedstaat, in dem das Risiko belegen ist, darf den Versicherungsnehmer nicht daran hindern, einen Vertrag zu unterzeichnen, der mit einem gemäß Artikel 6 der Richtlinie 73/239/EWG zugelassenen Versicherungsunternehmen abgeschlossen wurde, solange der Vertrag nicht im Widerspruch zu den in dem Mitgliedstaat, in dem das Risiko belegen ist, geltenden Rechtsvorschriften des Allgemeininteresses steht.“; Art 28 Dritte Richtlinie Lebensversicherung: „Der Mitgliedstaat der Verpflichtung darf den Versicherungsnehmer nicht daran hindern, einen Vertrag zu unterzeichnen, der mit einem gemäß Artikel 6 der Richtlinie 79/267/EWG zugelassenen Versicherungsunternehmen abgeschlossen wurde, solange der Vertrag nicht im Widerspruch zu den in dem Mitgliedstaat der Verpflichtung geltenden Rechtsvorschriften des Allgemeininteresses steht.“; Art 33 Richtlinie Lebensversicherung 2002: „Der Mitgliedstaat der Verpflichtung darf den Versicherungsnehmer nicht daran hindern, einen Vertrag mit einem gemäß Artikel 4 zugelassenen Versicherungsunternehmen abzuschließen, solange der Vertrag nicht im Widerspruch zu den in dem Mitgliedstaat der Verpflichtung geltenden Rechtsvorschriften des Allgemeininteresses steht.“

Diese entfalteten entsprechend der Rechtsprechung des EuGH²¹ zu den primärrechtlichen Grundfreiheiten eine Filterfunktion:²² Der Mitgliedstaat der Risikobelegenheit (Schadenversicherung) bzw der Verpflichtung (Lebensversicherung) durfte den Vertrieb von Versicherungsprodukten aus anderen Mitgliedstaaten nur unterbinden oder beeinträchtigen, wenn dieser Vertrieb gegen seine Vorschriften des Allgemeininteresses verstieß. Nicht diskriminierende Vorschriften des Allgemeininteresses eines Mitgliedstaates sollten also auch von einem Versicherer aus einem anderen Mitgliedstaat einzuhalten sein, wenn dieser im Wege der Dienstleistungsfreiheit oder über eine Niederlassung im Mitgliedstaat der Risikobelegenheit/Verpflichtung tätig wurde.²³ Für den vorliegenden Zusammenhang ist festzuhalten, dass die kollisionsrechtlichen Bestimmungen der Richtlinien nach hM nicht der Kontrolle durch das Allgemeininteresse iSd der Dritten Richtlinien unterlag.²⁴

1.1.2. Kollisionsrecht der Schadenversicherung

- 10 In der Schadenversicherung wurde das Recht, das auf die unter diese Richtlinie fallenden Versicherungsverträge über in den Mitgliedstaaten belegene Risiken anwendbar war, gemäß Art 7 Abs 1 Zweite Richtlinie Schadenversicherung 1988 wie folgt bestimmt:
- 11 Hatte der Versicherungsnehmer seinen gewöhnlichen Aufenthaltsort oder seine Hauptverwaltung im Gebiet des **Mitgliedstaats, in dem das Risiko belegen** war, so war das auf den Versicherungsvertrag anwendbare Recht das Recht dieses Mitgliedstaats. Jedoch konnten die Parteien, sofern dies nach dem Recht dieses Mitgliedstaats zulässig ist, das Recht eines anderen Staates wählen (Art 7 Abs 1 Buchst a Zweite Richtlinie Schadenversicherung 1988).
- 12 Im **Konvergenzfall** (gewöhnlicher Aufenthalt/Hauptverwaltung = Risikobelegenheit) war also nach der Richtlinie selbst keine Rechtswahl vorgesehen.²⁵ Die objektive Anknüpfung im Konvergenzfall war als Beispiel für die dann in Art 7 Abs 1 Buchst h Zweite Richtlinie Schadenversicherung 1988 genannte engste Verbindung (Rz 25) besonders hervorgehoben.²⁶ Die erweiterte Rechtswahlfreiheit für den Konvergenzfall war nach Art 7 Abs 1 Buchst a Satz 2 Zweite Richtlinie Schadenversicherung 1988 als Option der Mitgliedstaaten vorgesehen.²⁷
- 13 Die **Risikobelegenheit** wurde in Art 2 Buchst d Zweite Richtlinie Schadenversicherung 1988 wie folgt bestimmt (die Bestimmung kehrt dann inhaltlich in der Rom I-VO wieder – Rz 245 ff):
- 14 Bei der Versicherung entweder von **Gebäuden** oder von Gebäuden und den darin befindlichen Sachen, sofern diese durch die gleiche Versicherungspolice gedeckt war, galt als Mitgliedstaat, in dem das Risiko belegen ist, der Mitgliedstaat, in dem die Gegenstände belegen waren (erster Gedankenstrich).
- 15 Bei der Versicherung von zugelassenen **Fahrzeugen** aller Art galt als Mitgliedstaat, in dem das Risiko belegen ist, der Zulassungsmitgliedstaat (zweiter Gedankenstrich).

21 Nunmehr statt vieler etwa *Kingreen* in Calliess/Ruffert Art 36 AEUV Rn 213 ff mwN.

22 *Wandt* in Reichert-Facilides/Schnyder 100.

23 *Wandt* in Reichert-Facilides/Schnyder 100.

24 *Wandt* in Reichert-Facilides/Schnyder 102 mwN; *Migisch* in Koppensteiner 34.

25 *Wandt* in Reichert-Facilides/Schnyder 91.

26 *Migisch* in Koppensteiner 46. S aber auch *Miquel Sala* 98 f und *Wandt* in Reichert-Facilides/Schnyder 94.

27 *Migisch* in Koppensteiner 45. Weiterführend *Wandt* in Reichert-Facilides/Schnyder 91.

Teil 2 – Grundlagen und Anwendungsbereich der Rom I-VO

1. Die Verordnung

Die Rom I-VO gehört zu den „*Maßnahmen im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen*“. Sie wurde also auf der Grundlage des Art 81 Abs 2 Buchst c AEUV (ex-Art 65 Buchst c EGV) erlassen.¹ Demnach erlassen das Europäische Parlament und der Rat für Zwecke der justiziellen Zusammenarbeit in Zivilsachen mit grenzüberschreitendem Bezug (Art 81 Abs 1 AEUV), insbesondere, wenn dies für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes erforderlich ist, gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren Maßnahmen, die die Vereinbarkeit der in den Mitgliedstaaten geltenden Kollisionsnormen sicherstellen sollen (Art 81 Abs 2 Buchst c erste Alt AEUV). Es geht also um die **Schaffung eines in der Union einheitlichen europäischen Kollisionsrechts**. 87

Durch die Schaffung einheitlicher Kollisionsnormen wird ein wichtiger Anreiz für ein **Forum Shopping** genommen.² Denn alle Gerichte in der Union haben auf der Basis desselben materiellen (Kollisions-)Rechts zu entscheiden.³ Ziel muss es sein, dass für einen bestimmten Fall ein und dasselbe Recht zur Anwendung gelangt, unabhängig davon, welches mitgliedstaatliche Gericht ihn zu entscheiden hat.⁴ Die Funktion unionalen Kollisionsrechts reicht aber weit über diesen prozessualen Aspekt hinaus. Denn damit wird sichergestellt, dass Rechtslagen unionsweit gleichbehandelt werden und so keine Freizügigkeitshindernisse entstehen können.⁵ 88

Das EVÜ als Vorgängerregelung der Rom I-VO war ein Staatsvertrag. Nunmehr liegt die Rechtsform der **Verordnung** vor. Entsprechend sind auch die Rom II-VO⁶ und die Brüssel Ia-VO⁷ als Verordnungen erlassen worden.⁸ 89

Als EU-Verordnung **gilt die Rom I-VO** – anders als das frühere Richtlinienrecht oder das EVÜ – **in den Mitgliedstaaten unmittelbar** (Art 288 Abs 2 AEUV; Art 29 Abs 3 Rom I-VO). Eine Umsetzung in nationales Recht ist nicht erforderlich.⁹ Aus der unmittelbaren Geltung der VO ergibt sich zugleich ihr **uneingeschränkter Vorrang vor nationalem Recht**.¹⁰ Dieser Vorrang gilt auch gegenüber nationalem Kollisionsrecht.¹¹ 90

1 Ausführlich Calliess/Renner/Calliess/Renner, Introduction Rn 22 ff. S auch Reithmann/Martiny/Martiny Rn 1.54.

2 Streinz/Leible Art 81 AEUV Rn 29; Stürner in Pechstein/Nowak/Häde, Frankfurter Kommentar Art 81 AEUV Rn 39. S auch Magnus/Mankowski/Magnus, Introduction Rn 4.

3 Streinz/Leible Art 81 AEUV Rn 29.

4 Stürner in Pechstein/Nowak/Häde, Frankfurter Kommentar Art 81 AEUV Rn 39.

5 Streinz/Leible Art 81 AEUV Rn 29.

6 VO (EG) Nr 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.7.2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II), ABl L 199, 40.

7 VO (EG) Nr 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, ABl L 351, 1. S Rauscher/v. Hein Einl Rom I-VO Rn 9.

8 Näher Streinz/Schroeder Art 288 AEUV Rn 43. S auch Magnus/Mankowski/Magnus, Introduction Rn 22.

10 Streinz/Schroeder Art 288 AEUV Rn 44; Ruffert, in Calliess/Ruffert Art 288 AEUV Rn 21.

11 Staudinger/Magnus, Einl Rom I-VO Rn 9 mwN; Jauernig/Mansel Vorbem Rom I-VO Rn 1. S auch Magnus/Mankowski/Magnus, Introduction Rn 24. Allerdings enthält Art 7 Rom I-VO gerade für die Anknüpfung von Versicherungsverträgen zwei Öffnungsklauseln zugunsten des nationalen Kollisionsrechts: Art 7 Abs 3 UAbs 2 Rom I-VO (Rz 453 ff); Art 7 Abs 4 Buchst b Rom I-VO (Rz 500 ff).

2. Auslegung der Rom I-VO

- 91 Die Rom I-VO ist EU-Sekundärrecht. Ihre **Auslegung** untersteht dem **EuGH**, idR erfolgt dies in Vorabentscheidungsverfahren (Art 267 AEUV).¹² Nationale Gerichte sind zur Auslegung von Europarecht befugt, soweit an der Auslegung keine vernünftigen Zweifel bestehen („*Acte-claire*“-Doktrin).¹³
- 92 In der Rom I-VO fehlt eine dem früheren Art 18 EVÜ vergleichbare Norm über die einheitliche Auslegung. Die Auslegung der Rom I-VO erfolgt **nach den vom EuGH für das sekundäre Unionsrecht entwickelten Grundsätzen**.¹⁴
- 93 Um ihre einheitliche Auslegung sicherzustellen, ist die Rom I-VO **unionsrechtlich autonom** und nicht nach dem jeweiligen nationalen Vorverständnis auszulegen.¹⁵ Nur so kann die von ErwGr 6¹⁶ geforderte einheitliche praktische Anwendung der VO sichergestellt werden.¹⁷ Eine „Re-Nationalisierung“ der Auslegung ist zu verhindern.¹⁸
- 94 Für die **grammatikalische Auslegung** ist zu beachten, dass sich diese nicht auf eine Sprachfassung beschränken darf. Denn das Sekundärrecht ist in allen 24 Amtssprachen der Union verbindlich und **alle Sprachfassungen sind gleichwertig** (Art 342 AEUV iVm VO 1/1958¹⁹).²⁰ Bei der Wortlautauslegung sind alle Amtssprachen zu berücksichtigen, Divergenzen sind durch systematische und teleologische Auslegung aufzulösen.²¹ Eindeutige Übersetzungsfehler sind für die Auslegung unbeachtlich.²² Für die Rom I-VO ist allerdings die englische Sprachfassung von großer Bedeutung, weil die endgültige Fassung der VO in dieser Sprache ausgehandelt wurde.²³

12 Etwa MüKo BGB/Martiny Vorbem Art 1 Rom I-VO Rn 23; Rauscher/v. Hein Einl Rom I-VO Rn 38 ff. S auch Roth in Beckmann, § 4 Rn 4; Anton/Beaumont/McEleavy Rn 10.09; Calliess/Renner/Calliess/Renner Introduction Rn 44; Erman/Stürner Vor Art 1 Rom I-VO Rn 10.

13 EuGH C-283/81 ECLI:EU:C:1982:335 *CILFIT*; s die Analyse der EuGH-Rsp bei Obert, GPR 2019, 206. Im gegebenen Zusammenhang etwa Anton/Beaumont/McEleavy Rn 10.09. s auch Erman/Stürner Vor Art 1 Rom I-VO Rn 10; Cheshire, North & Fawcett 687.

14 MüKo BGB/Martiny Vorbem Art 1 Rom I-VO Rn 24. S auch Erman/Stürner Vor Art 1 Rom I-VO Rn 9.

15 Etwa EuGH C-135/15, ECLI:EU:C:2016:774 *Nikiforidis* Rn 28. Rauscher/v. Hein Einl Rom I-VO Rn 54 ff; Bruck/Möller/Dörner Einf Int VersR Rn 4; Jauernig/Mansel Vorbem Rom I-VO Rn 5; Roth in Beckmann, § 4 Rn 3. Grundsätzlich zur autonomen Auslegung Riesenhuber in Riesenhuber, Europäische Methodenlehre⁴, 287 ff.

16 „Um den Ausgang von Rechtsstreitigkeiten vorhersehbarer zu machen und die Sicherheit in Bezug auf das anzuwendende Recht sowie den freien Verkehr gerichtlicher Entscheidungen zu fördern, müssen die in den Mitgliedstaaten geltenden Kollisionsnormen im Interesse eines reibungslos funktionierenden Binnenmarkts unabhängig von dem Staat, in dem sich das Gericht befindet, bei dem der Anspruch geltend gemacht wird, dasselbe Recht bestimmen.“

17 Beck OGK/Paulus, Art 1 Rom I-VO Rn 4.

18 BeckOK BGB/Spickhoff Art 1 VO (EG) Nr 593/2008 Rn 17.

19 EWG Rat: Verordnung Nr 1 zur Regelung der Sprachenfrage für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, ABl 17/385 (zuletzt geändert durch ABl 2013 L 158, 1).

20 Grabitz/Hilf/Nettesheim/Mayer, Das Recht der Europäischen Union (80. EL 2023) Art 342 AEUV Rn 26 ff; Wichard in Calliess/Ruffert Art 342 AEUV Rn 17; Streinz/Herrmann Art 342 AEUV Rn 35. Weiterführend Riesenhuber in Riesenhuber, Europäische Methodenlehre⁴, 293 f. S auch Jauernig/Mansel Vorbem Rom I-VO Rn 5; Roth in Beckmann, § 4 Rn 3; Bruck/Möller/Dörner Einf Int VersR Rn 4; Magnus/Mankowski/Magnus, Introduction Rn 86.

21 Etwa Heselhaus in Pechstein/Nowak/Häde, Frankfurter Kommentar Art 342 AEUV Rn 25.

22 Streinz/Herrmann Art 342 AEUV Rn 35.

23 MüKo BGB/Martiny, Vorbem Art 1 Rom I-VO Rn 25; Calliess/Renner/Calliess/Renner Introduction Rn 48. S auch Erman/Stürner Vor Art 1 Rom I-VO Rn 9; Plender/Wilderspin Rn 1-123. Grundsätzlich kritisch zur Berücksichtigung der Arbeitssprache Riesenhuber in Riesenhuber, Europäische Methodenlehre⁴, 295 mN zur Diskussion.

Den **Erwägungsgründen** zur Rom I-VO kommt keine dem Normtext der einzelnen Bestimmungen der Rom I-VO vergleichbare verbindliche Normqualität zu.²⁴ Die Erwägungsgründe sind Bestandteil des Rechtsaktes und geben in geraffter Form Aufschluss über die Zielorientierung und die Hintergründe des Rechtssetzungsvorhabens. Ihnen kommt daher besondere Beachtung bei der Ermittlung von Sinn und Zweck einer Vorschrift des Sekundärrechts zu.²⁵ Die Erwägungsgründe können daher zur **Ermittlung des Willens des Verordnungsgebers**, somit im Rahmen der historischen und teleologischen Auslegung, herangezogen werden.²⁶

Für die **historische** Auslegung²⁷ sind der Kommissionsvorschlag sowie die Dokumente aus den Trilog-Verhandlungen (*travaux préparatoires*) von Bedeutung.²⁸ Hier können auch das EVÜ bzw beim Versicherungsvertragsstatut des Art 7 Rom I-VO die Versicherungsrichtlinien sowie die Materialien dazu zur Auslegung herangezogen werden. Soweit die Rom I-VO – wie etwa in Art 3, 4 Rom I-VO – wesentliche Inhalte des EVÜ (modifiziert) übernommen hat, kann zur Auslegung auch der *Giuliano Lagarde* Bericht zum EVÜ²⁹ zur Auslegung herangezogen werden.³⁰

ErwGr 7 zur Rom I-VO³¹ spricht für einen im Rahmen der **systematischen** Auslegung anzustrebenden **Auslegungsgleichlauf mit der Rom II-VO und der Brüssel Ia-VO**.³² Es besteht also ein allgemeines **Konkordanzgebot**, das durch besondere Konkordanzgebote in ErwGr 17 Satz 1 (Dienstleistungsbegriff, Rz 588) und ErwGr 24 Satz 2 (Ausrichten der Tätigkeit, Rz 679) zur Rom I-VO ergänzt wird.³³

Ziel des Unionsgesetzgebers ist somit ein **einheitliches IPR-Regelwerk unter Einschluss des Internationalen Zivilverfahrensrechts**.³⁴ Die Auslegung der einzelnen Rechtsakte soll einheitlich und rechtsaktsübergreifend erfolgen. Für die Auslegung der Rom I-VO kann daher auch auf die Rechtsprechung des EuGH zur Rom II-VO³⁵ und zur Brüssel Ia-VO

24 S auch *Riesenhuber* in *Riesenhuber*, Europäische Methodenlehre⁴, 306; *Erman/Stürner* Vor Art 1 Rom I-VO Rn 9; *Rauscher/v. Hein* Einl Rom I-VO Rn 62.

25 *Wegener* in *Calliess/Ruffert* Art 19 EUV Rn 32.

26 Etwa *Calliess/Renner/Calliess/Renner* Introduction Rn 49. S auch *Magnus/Mankowski/Magnus*, Introduction Rn 81; *McParland* Rn 3.55 f.

27 Weiterführend *Riesenhuber* in *Riesenhuber*, Europäische Methodenlehre⁴, 303 ff; *Wegener* in *Calliess/Ruffert* Art 19 EUV Rn 29.

28 Etwa *Calliess/Renner/Calliess/Renner* Introduction Rn 49. S auch *McParland* Rn 3.68 ff.

29 Bericht über das Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht, ABl 1980 C 282, 1.

30 Etwa *Reithmann/Martiny/Martiny* Rn 1.58. S auch *Cheshire, North & Fawcett* 689.

31 „Der materielle Anwendungsbereich und die Bestimmungen dieser VO sollten mit der VO (EG) Nr 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen („Brüssel I“) und der VO (EG) Nr 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht („Rom II“) im Einklang stehen.“

32 Etwa *Beck OGK/Paulus*, Art 1 Rom I-VO Rn 5; *Staudinger/Magnus*, Einl Rn 62; vgl auch *MüKo BGB/Martiny*, Vorbem Art 1 Rom I-VO Rn 27; *Roth* in *Beckmann*, § 4 Rn 3. Ausführlich *Würdinger*, *RabelsZ* 75 (2011) 117 f; *Lüttringhaus*, *RabelsZ* 77 (2013) 31 (35). S auch EuGH verb Rs C-585/08 und C-144/09 ECLI:EU:C:2010:740 Slg 2010 I-12527 *Pammer/Hotel Alpenhof* Rn 42; *McParland* Rn 3.39 ff und *Cheshire, North & Fawcett* 690.

33 *Köck* 153 mwN.

34 *Beck OGK/Paulus*, Art 1 Rom I-VO Rn 5. S auch *Riesenhuber* in *Riesenhuber*, Europäische Methodenlehre⁴, 298.

35 Vgl für „Eingriffsnormen“ (Art 9 Rom I-VO, Art 16 Rom II-VO) EuGH C-149/18 ECLI:EU:C:2019:84 *Da Silva Martins* Rn 27 f.

(Brüssel I-VO)³⁶ zurückgegriffen werden.³⁷ Beispiel: „Pauschalreise“ in Art 15 Abs 3 Brüssel-VO und Art 6 Abs 4 Buchst b Rom I-VO.³⁸

- 99 Doch sind bei der konkordanten Auslegung des Internationalen Verfahrens- und des Internationalen Privatrechts stets die **Besonderheiten beider Rechtsgebiete zu bedenken**.³⁹ Eine schlichte Übertragung der Ergebnisse ohne kritische Überprüfung, ob auch die gesetzgeberischen Interessenwertungen in den jeweiligen Normzusammenhängen gleichgerichtet sind, ist nicht zulässig.⁴⁰ So sucht das **Verweisungsrecht** nach der **engsten Verbindung**, das **Verfahrensrecht** will die **Justizgewährung** garantieren.⁴¹

100 Beispiel

Der Ausschluss der „Finanzinstrumente“ aus dem Verbrauchervertragsstatut in Art 6 Abs 4 Buchst d Rom I-VO schlägt nicht auf Art 17 Brüssel Ia-VO durch.⁴² Aus ErwGr 7 zur Rom I-VO sei – so der EuGH – nicht abzuleiten, dass die Bestimmungen der Brüssel Ia-VO im Licht der Bestimmungen der Rom I-VO auszulegen wären.⁴³ Die vom Unionsgesetzgeber angestrebte Kohärenz könne keinesfalls zu einer Auslegung der Bestimmungen der Brüssel Ia-VO führen, die ihrer Systematik und ihren Zielen fremd ist.⁴⁴ Denn die Rom I-VO und die Brüssel Ia-VO verfolgten unterschiedliche Ziele.⁴⁵ Während die Rom I-VO für die Bestimmung des anwendbaren materiellen Rechts gemäß ihrem Art 1 Abs 1 UAbs 1 für vertragliche Schuldverhältnisse in Zivil- und Handelssachen, die eine Verbindung zum Recht verschiedener Staaten aufweisen, gelte, wolle die Brüssel Ia-VO die Vorschriften festlegen, die das zuständige Gericht bestimmen, um einen Rechtsstreit in Zivil- oder Handelssachen zu entscheiden, der sich insbesondere auf einen Vertrag zwischen einem Gewerbetreibenden und einer Person beziehe, die zu einem Zweck handle, der nicht ihrer beruflichen oder gewerblichen Tätigkeit zugerechnet werden könne, um Letztere in diesem Fall zu schützen.⁴⁶ Dem Verbraucher einen verfahrensrechtlichen Schutz nur deshalb zu verwehren, weil dieser Schutz ihm kollisionsrechtlich nicht gewährt werde, stünde insoweit im Widerspruch zu den Zielen der Brüssel Ia-VO, da Finanzinstrumente – wie Differenzgeschäfte – in den Geltungsbereich der Art 17 bis 19 dieser Verordnung fielen.⁴⁷

- 101 Im Rahmen der **teleologischen** Auslegung sind die **Ziele** der Rom I-VO, etwa die **Vertragsautonomie** der Parteien bei der Wahl des anwendbaren Rechts,⁴⁸ der **Schutz der schwächeren Partei** oder die **Rechtssicherheit** und **Vorausssehbarkeit**,⁴⁹ zu berücksich-

36 Einschließlich des EUGVÜ als deren Vorgängerbestimmung.

37 Näher Beck OGK/Paulus, Art 1 Rom I-VO Rn 6, 10. S auch Miquel Sala 186 f.

38 EuGH verb Rs C-585/08 und C-144/09 ECLI:EU:C:2010:740 Slg 2010 I-12527 Pammer/Hotel Alpenhof Rn 39–43. S auch Rauscher/Staudinger Art 17 Brüssel Ia-VO Rn 22.

39 Jauernig/Mansel Vorbem Rom I-VO Rn 5. S auch Anton/Beaumont/McLeavy Rn 10.10.

40 Jauernig/Mansel Vorbem Rom I-VO Rn 5.

41 Jauernig/Mansel Vorbem Rom I-VO Rn 5.

42 EuGH C-208/18 ECLI:EU:C:2019:825 Petruchová Rn 60 ff. S auch Rauscher/Staudinger Art 17 Brüssel Ia-VO Rn 1.

43 EuGH C-208/18 ECLI:EU:C:2019:825 Petruchová Rn 63. Ebenso EuGH C-45/13 ECLI:EU:C:2014:7 Kainz Rn 20 zum Verhältnis der Brüssel I-VO zur Rom II-VO.

44 EuGH C-208/18 ECLI:EU:C:2019:825 Petruchová Rn 63. Ebenso EuGH C-45/13 ECLI:EU:C:2014:7 Kainz Rn 20 zur Brüssel I-VO.

45 EuGH C-208/18 ECLI:EU:C:2019:825 Petruchová Rn 64.

46 EuGH C-208/18 ECLI:EU:C:2019:825 Petruchová Rn 64 unter Hinweis auf EuGH C-694/17 ECLI:EU:C:2019:345 Pillar Securitisation Rn 42.

47 EuGH C-208/18 ECLI:EU:C:2019:825 Petruchová Rn 65.

48 EuGH C-135/15 ECLI:EU:C:2016:774 Nikiforidis Rn 42.

49 EuGH C-135/15 ECLI:EU:C:2016:774 Nikiforidis Rn 36 unter Hinweis auf ErwGr 6 zur Rom I-VO. S auch McParland Rn 3.57 ff.

tigen. Überdies ist die Rom I-VO wie jeder Unionsrechtsakt so auszulegen, dass die **VO größtmögliche praktische Wirksamkeit entfaltet** („*effet utile*“).⁵⁰ Auch sind das Ziel eines gemeinsamen europäischen Rechtsraums und die justizielle Zusammenarbeit bei der Auslegung zu berücksichtigen.⁵¹

3. loi uniforme

Die Rom I-VO ist wie schon das EVÜ eine kollisionsrechtliche loi uniforme. Die Anknüpfungskriterien der VO beanspruchen **universelle Geltung**.⁵² **Das nach der Rom I-VO berufene Recht ist nach Art 2 Rom I-VO auch anzuwenden, wenn es nicht das Recht eines Mitgliedstaates ist.**

Die Rom I-VO ist also nicht nur dann von den Gerichten der Mitgliedstaaten anzuwenden, wenn Art 3 ff Rom I-VO auf das Recht eines Mitgliedstaates verweisen, sondern **auch bei einer Verweisung auf das Recht eines Drittstaates.**⁵³

Beispiel

Hat ein österreichisches Gericht einen Versicherungsvertrag zwischen einem Österreicher und einem Ukrainer über ein in der Ukraine belegenes Massenrisiko zu beurteilen, so erfolgt die Bestimmung des anwendbaren Rechts anhand der Art 3 ff Rom I-VO (Rz 514 ff). Verweisen diese auf ukrainisches Recht, so hat das österreichische Gericht den Versicherungsvertrag anhand des ukrainischen Rechts zu beurteilen.⁵⁴

Die Regelung als loi uniforme verkörpert ein allgemeines unionskollisionsrechtliches Prinzip (vgl etwa Art 3 Rom II-VO, Art 4 Rom III-VO⁵⁵, Art 20 Rom IV-VO [EUErbVO]⁵⁶).⁵⁷

Durch die universelle Anwendung der Rom I-VO wird **vermieden, dass Sachverhalte innerhalb und außerhalb der Union unterschiedlich angeknüpft** werden.⁵⁸ Dies erspart schwierige Abgrenzungsfragen. Die mitgliedstaatlichen Gerichte können stets die

50 Nachw zur Rsp des EuGH etwa bei Grabitz/Hilf/Nettesheim/Mayer, Das Recht der Europäischen Union (80. EL 2023) Art 19 EUV Rn 57. Monographisch Seyr, Der *effet utile* in der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (2008). S auch Potacs, EuR 2009, 465; Wegener in Calliess/Ruffert Art 19 EUV Rn 32; Staudinger/Magnus, Einl Rn 63; Riesenhuber in Riesenhuber, Europäische Methodenlehre⁴, 310 f; Jauernig/Mansel Vorbem Rom I-VO Rn 5; Bruck/Möller/Dörner Einf Int VersR Rn 4; McParland Rn 3.51.

51 Etwa Beck OGK/Paulus, Art 1 Rom I-VO Rn 11; s auch MüKo BGB/Martiny, Vorbem Art 1 Rom I-VO Rn 28.

52 Etwa Ferrari in Ferrari, Art 2 Rom I-VO Rn 1; NK-BGB/Leible Art 2 Rom I-VO Rn 1; MüKo BGB/Martiny Art 2 Rom I-VO Rn 1; Looschelders/Pohlmann/Schäfer, Anh EGVVG Rn 45; Rummel/Verschraegen, Art 2 Rom I-VO Rz 1. S auch Bach/Huber Rn 581.

53 Beck OGK/Paulus Art 2 Rom I-VO Rn 2, 10; NK-BGB/Leible Art 2 Rom I-VO Rn 2. S auch Anton/Beaumont/McLeavy Rn 10.68; Magnus/Mankowski/Mankowski, Art 2 Rom I-Regulation Rn 3; Cheshire, North & Fawcett 705.

54 Vgl auch das Beispiel bei Beck OGK/Paulus Art 2 Rom I-VO Rn 10.1.

55 VO (EU) Nr 1259/2010 des Rates vom 20.12.2010 zur Durchführung einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich des auf die Ehescheidung und Trennung ohne Auflösung des Ehebandes anzuwendenden Rechts, ABl L 343, 10.

56 VO (EU) Nr 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4.7.2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses, ABl L 201, 107.

57 Weiterführend Beck OGK/Paulus Art 2 Rom I-VO Rn 3.

58 Beck OGK/Paulus Art 2 Rom I-VO Rn 4.

Teil 3 – Das Versicherungsvertragsstatut

Art 7 Rom I-VO normiert eine Sonderanknüpfung für Versicherungsverträge. Dahinter steckt der Gedanke, dass **der Versicherungsnehmer als schwächere Partei eines kollisionsrechtlichen Schutzes bedarf**. Dieser wird dem Versicherungsnehmer abhängig davon gewährt, ob es sich beim versicherten Risiko um ein Großrisiko oder ein Massenrisiko handelt. **175**

Der **Schutz des Versicherungsnehmers** erfolgt im Wesentlichen durch **Beschränkungen der Rechtswahlfreiheit**. Anders als Art 6 Rom I-VO für Verbraucherverträge knüpft Art 7 Rom I-VO nicht an eine bestimmte Gruppe von Vertragsparteien an, sondern regelt Verträge einer bestimmten Branche (Versicherung) und stuft die Rechtswahlfreiheit nach der Schutzwürdigkeit des Versicherungsnehmers ab (Rz 321 ff). **176**

Wie ausgeführt (Rz 76 f) regelt Art 7 Rom I-VO nur zwei Szenarien des Versicherungsvertragsstatuts: Gemäß der „Meta-Kollisionsnorm“¹ in Art 7 Abs 1 Satz 1 Rom I-VO erfasst das Versicherungsvertragsstatut nur Direktversicherungsverträge über Großrisiken sowie Direktversicherungsverträge über innerhalb der Union belegene Massenrisiken. **177**

1. Allgemeine Anwendungsvoraussetzungen

1.1. Mitgliedstaat

Zum räumlichen Anwendungsbereich der Rom I-VO Rz 113. In Art 7 Rom I-VO bezeichnet der Begriff „Mitgliedstaat“ alle Mitgliedstaaten **einschließlich Dänemark** (Art 1 Abs 4 Satz 2 Rom I-VO).² **178**

1.1.1. Dänemark

Dänemark ist trotz seines Vorbehaltes gegen die Rom I-VO (Rz 114) im Zuge der Umsetzung der Solvency II-Richtlinie³, sohin ab 1.1.2016,⁴ verpflichtet worden, zumindest das Versicherungsvertragsstatut des Art 7 Rom I-VO anzuwenden. Das ergibt sich aus **Art 178 Solvency II-Richtlinie**.⁵ Mitgliedstaaten, die nicht der Rom I-VO unterliegen, wenden die Bestimmungen dieser Verordnung an, um festzustellen, welche Rechtsvorschriften auf Versicherungsverträge anzuwenden sind, die unter Art 7 Rom I-VO fallen.⁶ **179**

1 So *Staudinger* in Ferrari, Art 7 Rom I-VO Rn 21.

2 MüKo VVG/*Looschelders*, Internationales Versicherungsvertragsrecht Rn 40; *Staudinger* in Ferrari, Art 7 Rom I-VO Rn 11; *Matusche-Beckmann* in Dausen Rn 383; MüKo BGB/*Martiny*, Art 7 Rom I-VO Rn 17; *Looschelders/Smarowos*, VersR 2010, 2; *Dicey/Morris/Collins*, para 33-216; **aA** *Roth* in Beckmann § 4 Rn 5 f und offenbar auch *Magnus/Mankowski/Heiss*, Art 7 Rom I-Regulation Rn 39. S auch *Rummel/Heindler*, Art 7 Rom I-VO Rz 7. *Looschelders/Pohlmann/Schäfer*, Anh EGVVG Rn 48, 65; vgl auch *jurisPK-BGB/Junker*, Art 7 Rom I-VO Rn 22 und 38.

3 Richtlinie 2009/138/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25.11.2009 betreffend die Aufnahme und Ausübung der Versicherungs- und der Rückversicherungstätigkeit (Solvabilität II) ABl L 335, 1.

4 Art 310 Abs 1 Solvency II-Richtlinie idF Art 1 Nr 2 Richtlinie 2013/58/EU. S auch Fn 91.

5 Etwa *Staudinger* in Ferrari Art 7 Rom I-VO Rn 11; s auch *Looschelders/Pohlmann/Schäfer*, Anh EGVVG Rn 48; *Dicey/Morris/Collins*, para 33-216 Fn 924; *Magnus/Mankowski/Heiss*, Art 7 Rom I-Regulation Rn 40. *Plender/Wilderspin* Rn 10-113; *McParland* Rn 13.176.

6 S auch *Beck OGK/Lüttringhaus*, Art 7 Rom I-VO Rn 50.